

# Es kann nicht sein, was nicht sein darf

Die „Korrektur“ des aktuellen Entwurfs des Armuts- und Reichtumsberichts durch die Bundesregierung trägt auch theatralische Züge

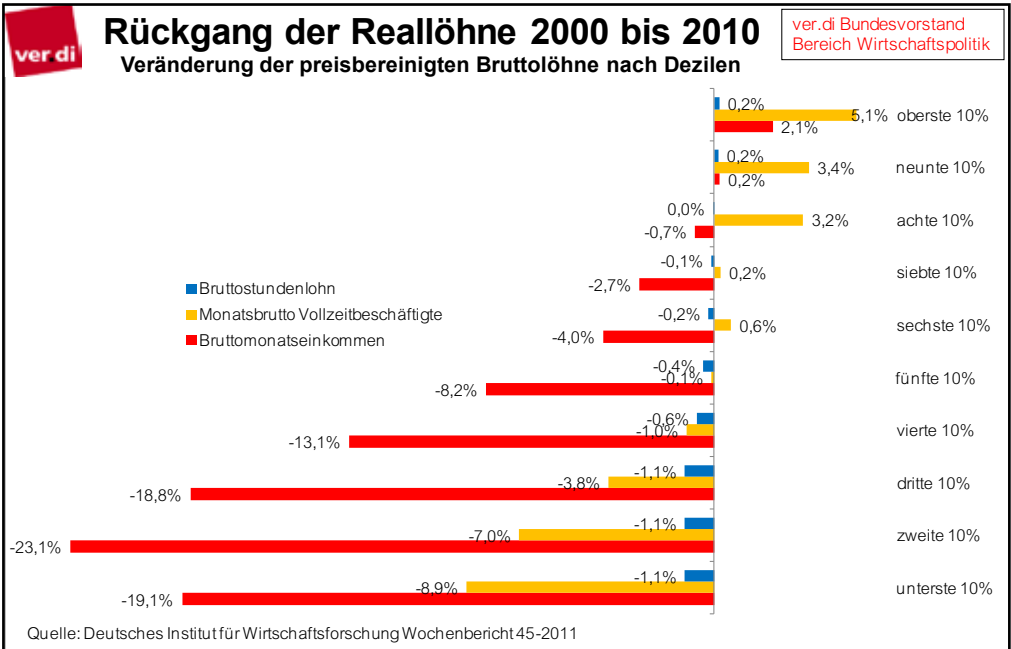
Wer diese unsere Zeitung regelmäßig liest, weiß, dass wir unser besonderes Augenmerk auch auf die ökonomische Entwicklung richten. Bildungsbenachteiligung hängt nun einmal unmittelbar auch mit der materiellen Ausstattung der Familien zusammen, in denen die Kinder aufwachsen. Die schreiende Ungerechtigkeit, wie sie sich in den Statistiken über die Einkommens- und Vermögensentwicklung widerspiegeln, will die Bundesregierung, allen voran die Rösler-Fraktion der FDP, der Öffentlichkeit vorenthalten. Das saturierte Bürgertum hat es nun mal nicht so gern, wenn man das Licht auf die Teile der öko-

nomischen Entwicklung richtet, an denen erkennbar wird, wer in diesem Land sich trotz oder geradezu wegen der Krise die Taschen vollgestopft hat. So wurde dann der Entwurf des Armuts- und Reichtumsberichts des Arbeitsministeriums kurzerhand ‚geglättet‘, ‚geboxt‘, wie die Süddeutsche Zeitung schrieb. In diesem Entwurf hieß es: „Während das Nettovermögen des deutschen Staates zwischen Anfang 1992 und Anfang 2012 um über 800 Milliarden Euro zurückging, hat sich das Nettovermögen der privaten Haushalte von knapp 4,6 auf rund 10 Billionen Euro mehr als verdoppelt.“ Und ergänzend: „Die Schere

zwischen arm und reich klafft immer weiter auseinander. Der private Reichtum in Deutschland wird insgesamt immer größer. Davon profitieren in erster Linie die Reichen. Sie werden immer reicher und besitzen 53 Prozent des Gesamtvermögens.“ Die unteren 40 Prozent der Vollzeitbeschäftigten hätten jedoch nach Abzug der Inflation Verluste hinnehmen müssen. Diese Passagen wurden kurzerhand gestrichen.

Aus Sicht der Regierung war dies alles der bundesdeutschen Öffentlichkeit wohl nicht zuzumuten, schafft es doch Begehrlichkeiten in Sachen Vermögensabgabe. Dazu der Generalsekretär der FDP Döring über Twitter unverblümt: Es sei „das Verdienst der FDP, dass diese Bundesregierung keine weitere Belastung der Betriebsvermögen und des Ersparnis vorschlägt“.

Auch Aussagen zur Lohnentwicklung wurden gestrichen oder kurzer Hand ins Positive gewendet. In der ersten Variante hatte noch gestanden, dass „die Lohnentwicklung im oberen Bereich positiv steigend





„Geld ist genug da, das haben nur die anderen“, Uli Thöne – GEW-Bundesvorsitzender

war“, die unteren Löhne in den vergangenen zehn Jahren aber „preisbereinigt gesunken“ seien. Die Einkommensspreizung habe demnach zugenommen, verletze somit „das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung“ und könne „den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden“. In der neuen Variante heißt es stattdessen, sinkende Reallöhne seien „Ausdruck struktureller Verbesserungen“ am Arbeitsmarkt, da zwischen 2007 und 2011 im unteren Lohnbereich viele neue Vollzeitjobs entstanden seien, durch die Erwerbslose eine Arbeit bekommen hätten. Das ist wie „to make candy from shit“, wie es in England heißen würde.

Auch der Satz: „Allerdings arbeiteten im Jahr 2010 in Deutschland knapp über vier Millionen Menschen für einen Bruttostundenlohn von unter sieben Euro“ hatte keinen Bestand vor den Augen der Regierung. Er wurde gestrichen. Gemeint sind damit die Niedriglohn-JobberInnen, die in der Regel von ihrem Lohn nicht leben können und deshalb vom Staat alimentiert werden müssen (sog. Aufstocker). Vielleicht sollte man der Regierung vorschlagen, dieses Geld direkt den Unternehmen zu geben, damit diese den Schein waren können, sie zahlten normale Löhne. Allerdings würde

dann umso deutlicher erkennbar sein, dass es hier schlicht um Subventionen geht, die nach EU-Recht ja wettbewerbsverzerrend und somit verboten sind.

Die Beschönigungen des Berichts dürften aber nicht nur den kritischen deutschen Bürger empören, skandalöser ist diese Zensur eigentlich gegenüber den in die Krise geratenen Südeuropäern. Durch die Subventionierung der Unternehmen – und nichts anderes ist die staatliche Zuschussung der NiedriglöhnerInnen – bleiben die Lohnstückkosten Deutschlands wieder einmal stabil. Die Exportstärke nimmt weiter zu, flankiert von einem relativ niedrigen Eurokurs, der ohne die Schwäche der anderen viel höher sein müsste. Insofern kann Deutschland seinen ‚Erfolgskurs‘ fortsetzen. Anders als die Schweiz bspw., die große Mengen an Fremdwährungen aufkaufen muss, um den Franken auf einem Niveau zu halten, damit die Exportwirtschaft und Tourismusbranche nicht erdrosselt wird, profitieren die Deutschen *noch* auf zweierlei Weise von der Krise: Vom – an der nationalen Wirtschaftskraft gemessen – niedrigen Außenwert des Euro sowie von den extrem niedrigen Zinsen, die auf alle zu refinanzierende Staatsschulden zu zahlen sind.

„Noch“, weil es alles andere als klar ist, ob diese Art der Wettbewerbslogik in Verbindung mit der restriktive Haltung der Bundesregierung in Sachen finanzieller Hilfen nicht einen Kollaps der südeuropäischen Länder heraufbeschwört, der das ganze europäische Projekt mit dann unabsehbaren Folgen für alle Beteiligten in den Abgrund zu reißen droht.

Corriger la fortune nennen die Deutschen betrügen – mit dieser Wendung versucht ein abgebrannter Spieler und entlassener Soldat sich bei Lessings Minna von Barnhelm frisches Geld für neue Spieleinsätze zu verschaffen. Dass der Regierungssprecher diese Änderungen als „ganz normalen Vorgang bezeichnet“, ist nicht nur ein Armutszeugnis für das, was bislang unter Demokratie verstanden wurde, sondern wohl auch taktisch unklug. Ohne dieses ‚Corriger‘ hätte der Bericht sicherlich weit weniger Resonanz in der Öffentlichkeit gefunden.

Abschließend sei deshalb eine Frage an Radio Eriwan erlaubt: „Stimmt es, dass es in Deutschland keine Armut gibt?“ Antwort: „Im Prinzip ja, es kommt aber darauf an, wer den Armutsbericht schreibt.“

JOACHIM GEFFERS